

# 1971: Die zweite Teilung

## Die Unabhängigkeit von Bangladesch und das Ende der Zwei-Nationen-Theorie

Pierre Gottschlich

**Mit der Zwei-Nationen-Theorie hatte Muhammad Ali Jinnah die Teilung Britisch-Indiens und die Staatsgründung Pakistans 1947 ermöglicht und vorangetrieben. Kaum ein Vierteljahrhundert später wird jedoch der Gedanke, dass Hindus und Muslime zwei verschiedene Nationen seien und nur Pakistan als Heimstatt aller Muslime Südasiens deren friedliches Leben ermöglichen könne, mit der zweiten Teilung und der Sezession von Bangladesch auf traumatische Weise widerlegt.**

Das 1947 aus Jinnahs Vision hervorgegangene Pakistan ist von Anfang an mit einem schwerwiegenden Geburtsfehler belastet. Die geographische Lage der Distrikte mit einer Muslimmehrheit in Britisch-Indien hat einen Staat entstehen lassen, dessen beide Landesteile durch mehr als 1.500 Kilometer indischen Territoriums voneinander getrennt sind. Ohnehin könnten die beiden Hälften unterschiedlicher kaum sein: Westpakistan ist durch eine große ethnische, sprachliche und kulturelle Heterogenität gekennzeichnet, während sich die Bengalen in Ostpakistan als eine seit Jahrhunderten eigenständige, stolze Sprach- und Kulturnation begreifen. Jinnahs Zwei-Nationen-Theorie wird in Ostbengalen nur zögerlich angenommen und stößt auf deutlich weniger Begeisterung als im Nordwesten Britisch-Indiens. Naheliegender als eine Zugehörigkeit zu einem Kunststaat Pakistan erscheint vielen Menschen in West- und Ostbengalen der Gedanke an ein unabhängiges Bengalen, in dem die unterschiedlichen Religionen unter dem einigenden Dach der bengalischen Nationalität friedlich zusammenleben. Pakistan wird schließlich erst unter dem Eindruck der eskalierenden kommunalistischen Gewalt im Vorfeld der Unabhängigkeit für immer mehr muslimische Bengalen eine Alternative, vor allem aus Angst vor

einer drohenden Hindu-Dominanz in einem ungeteilten Indien.

### Gegensätze und Konflikte

Schon bald nach der Gründung Pakistans zeigen sich die Konfliktlinien zwischen den Landesteilen deutlich. Das vermeintlich einigende Band der gemeinsamen Religion ist schwach: Die Bengalen gelten in Westpakistan als lediglich konvertierte und damit minderwertige Muslime. Sie werden als schwächlich, illoyal und nicht kriegstauglich eingeschätzt und sind damit Staatsbürger zweiter Klasse. Ostpakistan wird wirtschaftlich fast wie eine Kolonie behandelt: Die Steuereinnahmen gehen in den Westteil des Landes und werden auch größtenteils dort investiert. Die Ostbengalen fühlen sich rasch ausgebeutet und vernachlässigt. Hinzu kommt eine kaum verschleierte ethnische Diskriminierung bei der Vergabe staatlicher Stellen, welche die Geringschätzung nochmals unterstreicht. Auch politisch wird Ostpakistan eine angemessene Teilhabe systematisch verwehrt: Der Ostteil des Landes stellt etwa 55 Prozent der Gesamtbevölkerung Pakistans. Es ist damit für jede (west)pakistanische Regierung klar, dass diese Mehrheit niemals zu ihrem demokratischen Recht gelangen darf. Diese politische Marginalisierung Ostpakistans wird durch das „*One Unit*“-

Prinzip erreicht, welches beide Landesteile trotz der unterschiedlich großen Einwohnerzahl als gleichwertige Einheiten definiert, und später unter Ayub Khans „*gelenkter Demokratie*“ perfektioniert. Ostbengalische Politiker erhalten hierbei bestenfalls nachrangige Regierungsposten ohne echte Kompetenzen. Von entscheidender Bedeutung ist aber die Sprachenfrage: Die Ernennung von Urdu zur alleinigen Staatssprache Pakistans führt am 21. Februar 1952 zu Studentenprotesten in der ostbengalischen Metropole Dhaka, die blutig niedergeschlagen werden.<sup>1</sup> Obgleich die Entscheidung für Urdu als einzige Amtssprache später zurückgenommen und Bengalisches aufgewertet wird, entpuppt sich der Sprachgegensatz als Katalysator eines neuen (ost) bengalischen Nationalismus, der bald die Einheit Pakistans bedroht.

Wichtigster Vertreter dieser Bewegung wird die *Awami-Liga* (AL, „*Volksliga*“) unter ihrem charismatischen Generalsekretär Mujibur Rahman. 1966 fordert Mujibur Rahman in einem „*Sechs-Punkte-Programm*“ eine weitreichende Autonomie für Ostpakistan, die unter anderem sprachlich-kulturelle Eigenständigkeit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine eigene Währung vorsieht. Diese Forderungen sind für den inzwischen in der neuen Hauptstadt Islamabad residierenden, pakista-

nischen Machthaber Ayub Khan völlig unannehmbar. Er versucht, Mujibur Rahman und die Führungsspitze der *Awami-Liga* mit einer konstruierten Anklage wegen Landesverrats mundtot zu machen. Der Prozess gerät jedoch für die Ankläger zum Fiasko und endet mit der Freilassung der Beschuldigten. Der seit dem verlorenen Krieg gegen Indien 1965 weitgehend glücklos agierende Ayub Khan muss (offiziell aus gesundheitlichen Gründen) abdanken und wird 1969 durch einen anderen Militärvertreter, General Yahya Khan, ersetzt.

### Freie Wahlen 1970

Yahya Khan wagt einen politischen Neubeginn, gibt das „*One Unit*“-Prinzip auf und ruft für 1970 freie Wahlen aus. Damit kollabiert jedoch die Lebenslüge Pakistans: Der Ostteil des Landes erhält nun tatsächlich die ihm gemäß seinem Bevölkerungsanteil zustehenden Sitze im Parlament, was für Mujibur Rahman die große Gelegenheit ist, seine Autonomieforderungen politisch zu legitimieren. Die Wahlen stehen in Ostpakistan unter keinem guten Stern. Zunächst erzwingen besonders heftige Monsunfluten eine Verlegung von Oktober auf Dezember. Im November fegt schließlich der Zyklon Bhola mit ungebremsster Wucht über den Golf von Bengalen und das Ganges-Delta. Bei einer der größten Naturkatastrophen überhaupt sterben bis zu einer halben Million Menschen. Die Hilfe der Zentralregierung läuft nur schleppend und in beschämend geringem Umfang an. Einmal mehr zeigt sich für die Ostbengalen die nunmehr tödliche Geringschätzung aus Islamabad.

Der „Zyklon-Effekt“ zeigt sich bei den Wahlen deutlich und verhilft der *Awami-Liga* zu einem beispiellosen Triumph. Die Partei erringt 160 der 162 Sitze in Ostpakistan und hat damit eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Mujibur Rahman müsste nun eigentlich zum Premierminister von ganz Pakistan werden. Das kann

die westpakistanische Elite nicht zulassen: Von Bengalen regiert zu werden ist für sie inakzeptabel. Zudem besteht der Wahlsieger im Westen, der frühere Außenminister Zulfikar Ali Bhutto, auf einer Beteiligung an der Macht. Yahya Khan spielt zunächst auf Zeit und deutet politische Zugeständnisse an Mujibur Rahman an. Anfang März 1971 setzt er jedoch die Einberufung des neu gewählten Parlaments aus. Die Ostbengalen fühlen sich ein weiteres Mal um ihr Recht betrogen. Die langjährigen Frustrationen entladen sich in einer Gewaltwelle gegen pro-pakistanische Kräfte und gegen Nicht-Bengalen. Aus der Forderung nach mehr Autonomie wird nun der Ruf nach echter Unabhängigkeit. Mujibur Rahman ruft in einer Rede vor mehr als zwei Millionen Menschen in Dhaka zum zivilen Ungehorsam und zum Kampf für die staatliche Eigenständigkeit von *Bangla Desh* („Bengalen-Land“) auf. Ein letzter, aussichtsloser Verhandlungsversuch scheitert. Mit seiner Abreise aus Dhaka befiehlt Yahya Khan den Einsatz des Militärs, um die Unabhängigkeitsbewegung endgültig niederzuschlagen.

### Operation Searchlight

Die Militäroperation mit dem Codenamen „*Operation Searchlight*“ beginnt am 25. März 1971 und wird von General Tikka Khan geleitet, dem später der Beiname „Schlächter von Bengalen“ gegeben wird. Mujibur Rahman wird verhaftet und nach Westpakistan ausgeflogen, wo er später in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt wird; allerdings Anfang 1972 freikommt und nach Bangladesch zurückkehren kann. In Ostpakistan gehen die pakistanischen Truppen zunächst gegen potentielle Widerständler unter den bewaffneten Einheiten der Polizei und der paramilitärischen *East Pakistan Rifles* vor. Auch Angehörige der intellektuellen Elite, insbesondere an der Universität von Dhaka, und Hindus werden gezielt ermordet. Das Land wird von Armeeterror und willkürlichen Hinrichtungen überzogen.

Nachrichten dringen nur spärlich nach außen. Der Flughafen von Dhaka ist geschlossen, die wichtigsten Informationskanäle wie Radio und Telefonnetz sind gekappt worden. Nur vereinzelt zeigt sich offener Widerstand, unter anderem angeführt vom späteren Staatspräsidenten Zia-ur Rahman, dem es gelingt, über eine kleine Radiostation eine Unabhängigkeitserklärung zu verlesen. Am 17. April 1971 ruft die aus geflohenen Kadern der *Awami-Liga* in Indien gebildete Exilregierung formal den unabhängigen Staat Bangladesch aus.

Ende Mai 1971 kontrolliert die pakistanische Armee die meisten Städte Ostbengalens, sieht sich aber mit einem zermürbenden Guerilla-Krieg konfrontiert. Die Widerstandsbewegung *Mukhti Bahini* („Freiheitsfront“) wächst im Laufe des Jahres auf etwa 100.000 Kämpfer an, die mit indischer Unterstützung und Ausbildung Hinterhalte legen und Sabotageakte begehen. Die pakistanische Armee gründet und formiert paramilitärische Einheiten wie beispielsweise *Razakar*, *Al-Shams* oder *Al-Badr*, die zum Teil als Todesschwadronen Jagd auf echte oder vermeintliche Widerständler machen. Die zunehmend als Genozid wahrgenommenen Verbrechen führen zu einer diplomatischen Isolation und Ächtung Pakistans sowie zu internationalem Engagement für Bangladesch, zum Beispiel durch das berühmt gewordene „Konzert für Bangladesch“ im August 1971 in New York. Die Situation vor Ort erstarrt zu einem Patt, in welchem weder die pakistanische Armee noch die Guerillakämpfer einen militärischen Sieg erreichen können.

### Indien interveniert

Der entscheidende Impuls für eine Lösung muss von außen kommen, und er kommt von Indien. Der indische Bundesstaat Westbengalen ist seit Beginn der Kämpfe das primäre Ziel einer Massenflucht aus Ostpakistan. Insgesamt bis zu zehn Millionen Flüchtlinge

kommen nach Indien. Die Einwohnerzahl von Kalkutta verdoppelt sich innerhalb weniger Wochen von drei auf sechs Millionen Menschen. Ein Großteil der Geflüchteten wird in riesigen Zeltlagern nahe der Grenze untergebracht, in denen bald erste Cholerafälle registriert werden. Eine humanitäre Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes droht. Gleichwohl sind der indischen Regierung unter der gerade triumphal im Amt bestätigten Premierministerin Indira Gandhi die Hände gebunden. Die Logik des Kalten Krieges wirkt sich auch auf den Konflikt in Ostpakistan aus. Die USA, wichtigster Verbündeter Islamabad, stellen klar, dass sie keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Pakistans dulden werden. Für US-Präsident Richard Nixon ist Pakistan während dieser Zeit unverzichtbarer Vermittler in der amerikanisch-chinesischen Annäherung. Indien bleibt nur ein Ausweg, um sich Handlungsfreiheit gegenüber Pakistan zu verschaffen: Am 9. August 1971 wird der Indisch-Sowjetische Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Mit dem Bündnis mit der Sowjetunion gibt Indira Gandhi de facto die Politik der Blockfreiheit ihres Vaters Jawaharlal Nehru auf, hat nun aber die Mög-

lichkeit, das militärische Engagement Indiens langsam auszuweiten. Rasch gibt es ein gemeinsames Oberkommando von indischen Truppen und ostbengalischen Freiheitskämpfern, eine formale Kriegserklärung bleibt aber zunächst aus. Am 21. November befiehlt Indira Gandhi erstmals den Einmarsch indischer Truppen in ostpakistanisches Gebiet, aber erst am 3. Dezember 1971 kommt es nach pakistanischen Luftangriffen in Nordwestindien auch offiziell zum Krieg gegen Pakistan. Durch die Rückenbedeckung der Sowjetunion erfolgt keine Verurteilung der indischen Intervention im UN-Sicherheitsrat. Zudem erhält Indien militärisch bedeutsame Unterstützung durch sowjetische Satellitenaufklärung. Nicht zuletzt dadurch gelingt der auch personell deutlich überlegenen indischen Armee ein schneller Vormarsch und rascher Sieg. Nach nicht einmal zwei Wochen muss die pakistanische Armee am 16. Dezember 1971 kapitulieren. In den letzten Kriegstagen gibt es allerdings noch erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung. Pro-pakistanische Milizen verüben regelrechte Massaker an der zukünftigen Führungsschicht des neu entstehenden Staates Bangladesch. Intellektuelle, Ärzte und Ingenieure werden gezielt ermordet. Die genauen

Opferzahlen des Krieges sind nicht bekannt und bis heute Gegenstand heftiger Kontroversen.<sup>2</sup> Die Schätzungen reichen bis zu drei Millionen Toten, wobei eine deutlich geringere Zahl von etwa 1-1,5 Millionen Opfern gemeinhin als realistischer angesehen wird.

### Konsequenzen für Indien und Pakistan

Aus der Sicht der Regierung in Neu-Delhi war es trotz allem, in den Worten des Historikers John Key, „der vielleicht perfekte Krieg – von kurzer Dauer, moralisch vertretbar, mit relativ wenigen eigenen Opfern und größtenteils auf fremden Territorium ausgetragen, innenpolitisch populär und, vor allem, ein durchschlagender Erfolg.“<sup>3</sup> Doch was anfangen mit dem Triumph? Vor allem: Was tun mit dem befreiten Ostbengalen? Kurzzeitig wird spekuliert, ob man das Territorium in die Indische Union eingliedern soll, entweder als eigenständigen Bundesstaat oder als ein vereintes Bengalen. Damit wäre die Zwei-Nationen-Theorie endgültig widerlegt. Ein großer Bundesstaat mit einer echten Muslimmehrheit wäre auch der Beweis für die Wirksamkeit des eigenen demokratisch-säkularen Staatsprinzips. Zudem würde endlich der strategische Nachteil des an seiner engsten Stelle kaum 25 Kilometer breiten Siliguri-Korridors überwunden, womit die notorisch unruhigen Bundesstaaten im Nordosten besser an das indische Kernland angebunden wären. Allerdings stehen diesen Überlegungen gravierende Nachteile gegenüber. Die Ostbengalen hatten für Unabhängigkeit gekämpft und nicht für eine Angliederung an einen anderen Staat. Das Land war nach den Naturkatastrophen und Kriegsschäden weitgehend zerstört und hätte, auch



„Der nächste Tag bringt eine Überraschung.“ Kunst des Widerstands und Aktivismus von seiner besten Seite. Die Künstler/-innen sprechen sich zugunsten der unterdrückten Baul-Gemeinschaft aus, bekannt als Heimstatt spiritueller Sänger.

Foto: mypixelstory bei flickr.com  
(CC BY-NC-ND 2.0)

angesichts seiner großen und verarmten Bevölkerung, auf Jahre enorme Aufwendungen der indischen Zentralregierung benötigt. Aus den Sympathien der Ostbengalen für sozialistische Ideen hätte sich in Verbindung mit der gerade in Westbengalen entstandenen Naxaliten-Bewegung eine für Neu-Delhi ungute Gemengelage entwickeln können. Die bessere Option für Indira Gandhi, so wird schnell klar, ist ein unabhängiges Bangladesch, welches Indien Dank schuldet und zudem außen- und sicherheitspolitisch von ihm abhängig ist.

Dramatisch stellt sich die Situation für Pakistan dar: Es verliert mit dem östlichen Landesteil etwa 15 Prozent seines Territoriums, rund 70 Millionen Einwohner und eine wichtige Steuer- und Einkommensquelle. Zehntausende pakistanische Kriegsgefangene befinden sich in indischem Gewahrsam und sind für Indira Gandhi ein bedeutendes Faustpfand in den anstehenden Friedensverhandlungen. Der Militärmachthaber Yahya Khan wird in Pakistan für das Fiasko verantwortlich gemacht und zum Rücktritt gedrängt. Sein Nachfolger als Staatspräsident wird Zulfikar Ali Bhutto, der Yahya Khan sofort unter Hausarrest stellen lässt und die Verhandlungen mit Indien übernimmt. Es gelingt Bhutto, die indische Regierung von seiner eigenen Unerstzlichkeit zu überzeugen. Neu-Delhi hat kein Interesse an einem völligen Zusammenbruch Pakistans mit unkalkulierbaren Folgen und erlaubt Bhutto im Vertrag von Simla 1972 einen gesichtswahrenden Friedensschluss. Für Indien ist wesentlich, dass die ganze Welt gesehen hat, dass die Zwei-Nationen-Theorie nicht die Realität Südasiens widerspiegelt. Es leben nun deutlich mehr südasiatische Muslime außerhalb Pakistans als innerhalb der selbsterklärten Heimstatt und Zuflucht des Islam in der Region. Diese ideologische Niederlage ist die bedeutendste Folge der zweiten Teilung: Pakistan hat 1971 seinen ursprünglichen Daseinszweck unwiderprüflich verloren.

### Startschwierigkeiten für Bangladesch

Das neu entstandene Bangladesch sieht sich indes mit großen Problemen konfrontiert. Es muss unter schwierigsten Bedingungen ein weitgehend verwüstetes Land wiederaufbauen und funktionsfähige Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen schaffen. Die Regierung des Unabhängigkeitshelden Mujibur Rahman versucht, ein sozialistisches Staatssystem zu etablieren, und verstaatlicht die Schlüsselindustrien. Schnelle Entwicklungserfolge bleiben jedoch aus, Korruption und Misswirtschaft verschlechtern die ökonomische Lage. 1974 fordert eine Hungersnot bis zu 100.000 Todesopfer. Bangladesch ist vollkommen von ausländischen Hilfen abhängig, die Armut verschlimmert sich, Mujibur Rahmans politische Stellung wird zunehmend isolierter und schwächer. Nach der Hungerkatastrophe etabliert er unter Notstandsgesetzgebung einen autoritären Einparteiensstaat. Schließlich kommt es im August 1975 zu einem Militärputsch, bei dem Mujibur Rahman und fast seine ganze Familie ermordet werden. Die Beziehungen zu Indien verschlechtern sich daraufhin rapide. Es folgt ein massiver außenpolitischer Kurswechsel, der eine Annäherung an den Westen und an China mit sich bringt. Nach einem erneuten Putsch und Gegenputsch ergreift im November 1975 Armeeführer Zia-ur Rahman die Macht. Er ordnet einen ökonomischen Neubeginn an: Die Verstaatlichungen werden rückgängig gemacht und eine exportorientierte Industrie aufgebaut. Zudem entwickelt sich nun ein originär bangladeschischer Nationalismus mit einer stärkeren Betonung des Islam. Das Verhältnis zu Indien ist fortan nicht mehr von Dankbarkeit sondern von tiefem Misstrauen geprägt. Wichtige Problemfelder der bilateralen Beziehungen, wie der genaue Grenzverlauf oder die Wasserverteilung des Ganges, bleiben zum Teil jahrzehntelang unbearbeitet. Im Jahr 1981 wird schließlich auch Zia-ur Rahman ermordet. Zehn

Jahre nach der Unabhängigkeit sind die Startschwierigkeiten nicht überwunden. Das schwierige Erbe dieser Zeit prägt Bangladesch bis heute.

### Zum Autor



Dr. Pierre Gottschlich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Er forscht und publiziert u. a. zur Außenpolitik Indiens und zu Konflikten in Südasien.

### Literaturhinweise

- Bose, Sarmila (2011), *Dead Reckoning: Memories of the 1971 Bangladesh War*. Karachi: Oxford University Press.
- Chapman, Graham P. (2009), *The Geopolitics of South Asia: From Early Empires to the Nuclear Age* (3. Auflage). Farnham/Burlington: Ashgate.
- Keay, John (2014), *Midnight's Descendants: South Asia from Partition to the Present Day*. London: William Collins.
- Rösel, Jakob (2011), *Pakistan: Kunststaat, Militärstaat und Krisenstaat*. Münster: Lit.
- Schendel, Willem van (2009), *A History of Bangladesh*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wagner, Christian (2012), *Brennpunkt Pakistan: Islamische Atomkraft im 21. Jahrhundert*. Bonn: Dietz.

### Endnoten

- <sup>1</sup> 1999 ist in Erinnerung an die damaligen Opfer der 21. Februar durch die UNESCO zum Internationalen Tag der Muttersprache ernannt worden. Er wird seit 2000 als Gedenktag zur „Förderung sprachlicher und kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit“ begangen.
- <sup>2</sup> So zum Beispiel nach dem Erscheinen des Buchs von Sarmila Bose 2011
- <sup>3</sup> Keay, John (2014). *Midnight's Descendants: South Asia from Partition to the Present Day*. London: William Collins, S. 167 (Übersetzung P.G.).